Politik aber wird auch gegenwärtig noch alles getan, um den Massen zu verbergen, was sich wirklich ereignet. Man scheut nichts mehr als: auszusprechen, was ist. Die kleinen Funktionäre laufen im Lande umher und geben noch immer alte, graue Theorien zum besten: die Sozialdemokratie sei eine Klassenkampfpartei; der Staat müsse absterben, **der Staat sei ein Unterdrückungsinstrument für die Arbeiterschaft, den man bis aufs Messer bekämpfen müsse. Mit diesen Theorien bringt man die Massen in eine Stimmung der Radikalisierung, der die Führer niemals mit offenen und klaren Worten entgegenzutreten gewagt haben."**

Niekisch macht der Bourgeoisie den Vorwurf, daß sie durch ihren „maßlosen Machtgebrauch" in früheren Jahren (Sozialistengesetz usw.) verschuldet habe, daß die „unglückselige Theorie" vom Klassenkampf und vom Unterdrückungscharakter des Staates auch heute noch nicht ganz überwunden sei, so daß nicht erkannt wurde, **daß der Staat „die Form ist, in der ein Volk überhaupt sein politisches Leben lebt"**, was die Macdonald, Boncours bereits begriffen hätten. Der Staat sei eine „Gegebenheit, die die Arbeiterschaft erobern, aber nicht zertrümmern solle".

Diese antimarxistische Theorie habe ihre festeste Stütze in den Gewerkschaften und Genossenschaften gehabt:

„Die Einsicht in die enge Verbundenheit des Arbeiters mit dem staatlichen Dasein lebte auch immer in den Gewerkschaften und Genossenschaften. Von daher kamen die Meinungsverschiedenheiten mit der Partei. Man wußte in den Gewerkschaften, daß man den Staat nicht ablehnen könne, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, **als unzuverlässig überall ausgeschaltet zu werden.** Die Massenorganisation der Sozialdemokratie verschaffte deshalb der Arbeiterschaft niemals wirkliche Geltung, **weil nicht von vornherein immer feststand, daß sie staatspolitisch zuverlässig sei.** Wer von vornherein als Staatsfeind gilt, wird im Kampfe um die staatliche Macht von allen Seiten her angefeindet und zurückgedrängt. So war es politische Unklugheit von der Sozialdemokratie, **den Anschein der Staatsfeindlichkeit doch niemals ganz zu beseitigen.** Zeitweise hat die Sozialdemokratie sogar der staatsfeindlichen Strömung ganz die Zügel überlassen; sie tat das vor allen Dingen in letzter Zeit in Sachsen."

Was ist nun der Sinn der Politik der ASPS-Sachsen? Niekisch formuliert:

„**Es ist der Sinn der dreiundzwanziger Bewegung, aus dieser unfruchtbaren Zweideutigkeit heraus zu wollen.** Aber die Frage, ob der Staat sein soll oder nicht, besteht kein Zweifel. Die staatspolitischen Notwendigkeiten sind zu erfüllen. **Das soll nicht bloß gemacht, sondern auch gesagt werden."**

Niekisch betont dann, daß die praktische Politik Noskes, Severings und auch — des „Linken" Lipinski (!) diesen staatspolitischen Notwendigkeiten am besten entsprochen habe, da sie die Unterdrückungsinstrumente der bürgerlich-kapitalistischen Republik schufen und gegen die Arbeiterschaft verteidigten:

„Solchen staatspolitischen Notwendigkeiten hatte Noske Rechnung getragen, als er die Reichswehr schuf, dieselbe Reichswehr, der die sozialdemokratischen Blätter so unendlich viel Ungünstiges nachreden. Severing und Lipinski mit ihrer Polizeitaktik trugen ihnen gleichfalls Rechnung. Dies zu tun war kein Arbeiterverrat, sondern politische Selbstverständlichkeit."

Zum Schluß macht Niekisch dem deutschen Republikanismus den Vorwurf, daß er sich **„mit manchen staatsfeindlichen Stimmungen verband, so z. B. mit dem überspitzten Pazifismus".** Demgegenüber betont Niekisch die Notwendigkeit eines **Bündnisses mit dem Nationalismus**, was durchaus keine Absage an einen „gesund empfundenen (!) Internationalismus" sei:

„Man denke daran, wie Gambetta in Frankreich den Radikalismus zu verwurzeln vermochte, daß er ihn mit den nationalen Instinkten verknüpfte.

So müssen auch wir den Sozialismus und den Republikanismus mit den nationalen Lebensgefühlen verschmelzen."

Da haben wir also in seltener Klarheit das ganze „Programm der sozialfaschistischen ASPS, zugleich eine Charakterisierung der Politik des SPD-Parteivorstandes, wie sie treffender nicht von uns Kommunisten gegeben werden könnte.

Los vom Klassenkampf, los vom Marxismus, nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie. Schluß mit allen Halbheiten in der sozialdemokratischen Politik, die den Arbeitern etwas vortäuscht, was gar nicht mehr vorhanden ist! Schenken wir den Arbeitern reinen Wein ein, sagen wir ihnen offen, daß wir eine Partei des kapitalistischen Staates, eine bürgerliche, eine nationale Partei sind. Das ist das Programm der ASPS, das Programm des Sozialfaschismus.

Welche Lehre sich daraus für die sozialdemokratischen Arbeiter ergibt, die die „Theorie", die Worte ihrer Führer immer noch für bare Münze nehmen, die immer noch glauben, daß ihre Partei eine Partei des Klassenkampfes, die Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts sei und den bürgerlichen Charakter ihrer Partei noch nicht erkannt haben — darüber in einem weiteren Artikel.

Ein Kongreß gegen die proletarische Sammlung

Der Breslauer Katholikentag.

Der Breslauer Katholikentag beweist wiederum, mit welcher Geschicklichkeit die Führer des Katholizismus die verschiedenen Klassen und Schichten des Volkes zusammenzuhalten verstehen, mit Hilfe des „einigenden Bandes des katholischen Christentums". Die Masse, nicht nur der Zentrumsanhänger, sondern der gläubigen Katholiken überhaupt, stellt das Proletariat. Die katholischen Arbeitermassen, die im Betriebe in Verbindung mit ihren Klassengenossen teilweise absolut revolutionär, wie in den christlichen Gewerkschaften ebenfalls stark antikapitalistisch eingestellt sind, werden durch solche Katholikentage fest an ihre Ausbeuter gebunden.

Rein äußerlich wird diese Tatsache bereits durch die Organisation des Breslauer Katholikentages bewiesen. Zu Präsidenten wurden gewählt der Düsseldorfer Landeshauptmann, ein württembergischer Graf, ein Saarbrücker Gewerkschaftssekretär und eine ostpreußische Frau.

Entkleidet man die auf dem Kongreß gehaltenen Ansprachen und Referate der frommen Worte, so bleibt nichts übrig, wie der dauernde Appell an die arbeitenden Massen, Ausbeutung und Entrechtung geduldig zu ertragen, alldieweil nach dem Tode ein besseres Dasein beginne.

Der päpstliche Nuntius Pacelli wandte sich scharf gegen die christentumsfeindlichen und religionsfeindlichen Stimmungen, die im steigenden Maße die Volksmassen beeinflussen. Die Verteidigung der Klasseninteressen sei unsittlich. Die staatliche Autorität des kapitalistischen Staates verkörpere „Christi Stellvertreter". Den Irrlehren der modernen Zeit gelte der Kampf des Katholizismus.

Eine echt blaublütige Rebellin, die österreichische „Fürstin" Starhemberg, wetterte dann voller Fanatismus gegen die materialistische Lehre, die die Begriffe verwirre und an den Grundpfeilern der Familie und der Gesellschaft rüttele. Die moderne heidnische Körperkultur, die Vertohung und Verwilderung der Sitten, die Entwicklung von Mode, Tanz, Sport, Turnen, die heutigen Tageszeitungen seien die Totengräber der Zivilisation. Die Zivilehe müßte abgeschafft werden. Die Möglichkeit von Ehescheidung sei durch Gesetz zu beseitigen. Der Mutterschaftszwang (§§ 218/219) müsse bestehen bleiben, da jede „gesetzliche Sanktionierung der Schwangerschaftsunterbrechung Kindermord in feiner, feigster Form sei". Die „Fürstin" fordert schließlich „echt deutsche und echt katholische" Stärke und Unduldsamkeit gegen alle Andersdenkenden.

Ein weltfremder Professor aus Münster wünscht, daß das christliche Sittengesetz der kapitalistischen Wirtschaft aufgepropft werde. Er fordert, daß die menschliche Arbeit höher bewertet werde, als die Arbeit von Maschinen, denn es sei „schmerzlich und drückend, daß die Lohnarbeiterschaft nicht nur den Besitz materieller Güter, sondern auch die gesellschaftliche Ehre vollständig entbehren muß". Es widerspreche aber auch der christlichen Sittenmoral, wenn man dem Kapitalbesitzer sein Einkommen nicht gönnen würde. Der kapitalistische Profit sei genau so berechtigt, wie ein ausreichender Arbeitslohn für die Arbeiterschaft. Die Durchführung dieser „Probleme" solle dadurch ermöglicht werden, daß auf den Pastoralkonferenzen und in der Predigt von der Kanzel herab die Liebe Kapitalisten und Arbeitern zum Verständnis gebracht werde. (!?)

Außerhalb des eigentlichen Katholikentages fand man auch noch Zeit, eine Arbeiterversammlung abzuhalten. Man hatte wohl gemerkt, daß das professorale Referat über christliche Grundsätze im Wirtschaftsleben den wenigen anwesenden Arbeitern seltsam vorgekommen ist. Stegerwald hielt ein Referat, das für den Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu jammervoll war. Er entwickelte lediglich den Gedanken der sozialdemokratischen Gewerkschaftler über Wirtschaftsdemokratie weiter fort, indem er die Beteiligung der Lohnarbeiter an der Wirtschaft „in dieser oder jener Form" verlangte. Die Erwerbslosen brauchten absolut nicht zu verzweifeln, da eine große Arbeitsbeschaffungsaktion der Reichsregierung eingeleitet sei. Es sei aber zu wünschen, daß Anleihen für die produktive Erwerbslosenfürsorge aufgenommen würden. Das war alles, was Stegerwald dazu zu sagen wußte.

Der Kongreß sandte ein Telegramm an den Erzbischof von Mexiko, in dem er seine Entrüstung ausspricht über die „Verfolgungen der mexikanischen Kirche durch den Staat". Ebenso kennzeichnet den Kongreß ein Telegramm, das dem Reichspräsidenten Hindenburg die unwandelbare Treue und Vaterlandsliebe Deutschlands garantiert.

In einer Entschließung fordert der Katholikentag ein Reichsschulgesetz, das der Bekenntnisschule vollständige Gleichberechtigung mit jeder anderen Schule **erhalte. Kein Land** soll das Recht haben, die Bekenntnisschule anzutasten. Der Religionsunterricht müsse im Lehrplan der Schulen fest verankert sein und müsse unter allen Umständen innerhalb der Schule erteilt werden. Auch die Berufsschulen müßten unter kirchlicher Kontrolle stehen.

Bereits der bisherige Verlauf des Kongresses zeigt, daß die revolutionäre Arbeiterschaft und ihre Partei alle Kräfte anspannen muß, um die christlich orientierte Arbeiterschaft für ein Kampfbündnis gegen Ausbeutung und Entrechtung zu gewinnen.

So schwer diese Arbeit bei dem ideologischen Nebel, der von solchen Katholikentagen ausgeht, auch ist, sie muß geleistet werden.

Die Eisenbahnunfälle

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Die bürgerliche Presse wußte gestern abend mit großer Aufmachung zu melden, daß auf der Strecke der Berliner Vororte nach Bernau ein Attentat verübt worden sei. Die „Rote Fahne" entsandte sofort einen Berichterstatter zur Unfallstelle. Es wurde festgestellt, daß der Zug über ein paar Schottersteine, die auf den Schienen lagen, gefahren ist. Von einer Entgleisung kann keine Rede sein. Heute früh mußte die Reichsbahndirektion selbst zugeben, daß der Trick von einem neuen Attentat sich nicht aufrechterhalten läßt. Weiter wird gemeldet, daß auf dem Bahnhof in Hille bei Lübbecke ein Attentat verübt worden sei, indem das Weichenschloß an der Einfahrt des Bahnhofes zertrümmert wurde. Polizeiliche Untersuchungen über das Unglück bei Leiferde sollen soweit gediehen sein, daß die Attentäter jede Minute verhaftet werden können, nur sind sie bis jetzt noch nicht verhaftet.

Die These von den Attentaten wird aufgestellt, um die geradezu verbrecherische Vernachlässigung der Eisenbahnsicherheit im Profitinteresse zu verdecken. Gleichzeitig will die Reichsbahn sich vor Entschädigungen für die Verletzten oder die Angehörigen der Toten drücken.

Wieder ein Eisenbahnunfall

Berlin, 24. Aug. Der Lokalanzeiger meldet aus Wien: Am Sonntag konnte der Berliner Schnellzug D 152 infolge Heißlaufens der Lokomotive die Fahrt nicht fortsetzen. Beim Versuch, den Zug in die Station zurückzuschieben, sprang die Lokomotive plötzlich an, wodurch, besonders in dem letzten Wagen, die Reisenden durcheinandergeschüttelt wurden und mit den Köpfen gegen die Wände stießen. Hierdurch und durch herabfallendes Gepäck wurden 5 Personen leicht verletzt.

Polens Kriegsvorbereitungen

Am Montag fanden unter dem Vorsitz Marschalls Pilsudski Beratungen der Inspekteure der polnischen Armee statt, an denen 12 aktive Generale teilnahmen. Die Beratungen dauerten den ganzen Abend an.

Die Kriegsvorbereitungen Polens gehen also rüstig weiter. Unter englischem Protektorat wird der Aufmarsch gegen Sowjetrußland weiterhin vorbereitet. In Deutschland stimmen Beltz, Niekisch, Severing-Höltung für die „nationale Verteidigung"; in Genf vollführt man Völkerbundskomödie. Es heißt die Augen aufzuhalten, gegen den Krieg gerüstet zu sein.

Aus der Partei

Am Sonnabend, den 21. August 1926 tagte im Bezirk Magdeburg-Anhalt die Erweiterte Bezirksleitung. An der Sitzung nahmen ca. 35 Genossen teil, davon hatten 25 Genossen Stimmrecht. Nach einem Referat des Genossen Eberlein über die russischen Fragen und die innerparteilichen Angelegenheiten der KPD wurden mit 19 gegen 4 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung die Beschlüsse des russischen Zentralkomitees gebilligt, ebenso die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPD in bezug auf Ausschluß Maslows und Ruth Fischers aus der Partei. Eine Resolution des Genossen Beyer, die sich mit der politischen Stellungnahme der russischen Opposition solidarisiert und die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen verlangt, wurde mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Achtung! Kommunistische Betriebsräte von Dresden und Umgebung

Heute abend 7.30 Uhr findet im „Bürgerkasino" der erste Informationsabend für die Betriebsräte statt. Ein Vertreter der Z. spricht über:

„Die Aufgaben der Betriebsräte im Rationalisierungsprozeß."

Genossen! Dieser erste Vortrag soll die Einleitung sein für eine Reihe von Informationsabenden, in welchen unseren Betriebsräten mit gutem Material ihre Arbeit im Betrieb erleichtert werden soll.

Es ist also Pflicht aller kommunistischen Betriebsräte, an diesem Abend zu erscheinen. Darüber hinaus fordern wir alle Gewerkschaftsfunktionäre auf, sich an dem Informationsabend zu beteiligen, um ihr Wissen zu bereichern.

Teilnahmeberechtigt sind selbstverständlich alle Parteimitglieder. Partei- und Gewerkschaftsbuch ist mitzubringen.

Bezirksleitung der KPD Ostsachsen
Abt. Gewerkschaften.

Arbeiterin! Für wen

hungern die Frauen und Kinder der englischen Bergarbeiter?

Für deinen Achtstundentag, für deinen Lohn!
Hilf ihnen, so hilfst du dir selbst!

Arbeiterfrau! Wie hilfst du den Kindern der kämpfenden Bergarbeiter? Du richtest Nähstuben ein und schickst den Kleinen **Kleidung und Wäsche.**

Auf frischer Tat

Die Fabrikation der gefälschten Dokumente über die böswillige Tätigkeit der Komintern ist, nach dem anregenden Beispiel der Gentlemen aus der Downing Street in letzter Zeit zu einer Standardproduktion der bürgerlichen Diplomatie geworden. Dieser neue und sehr eigenartige Zweig der „Leichtindustrie" blüht heutzutage, wie kein anderer industrieller Zweig der sich „stabilisierenden" kapitalistischen Wirtschaft. Vor allem herrscht auf diesem Gebiet keineswegs ein Mangel an Fachleuten: der Auswurf des russischen Landes, die emigrierten Weißgardisten, haben endlich erkannt, daß die Produktion von gefälschten Dokumenten ihr wahrer, ihnen von der Vorsehung bestimmter Beruf ist.

Unter diesen Hoflieferanten mehrerer Majestäten und „demokratischer" Polizeibehörden zeichnete sich Druschelowski vorteilhaft aus. Alles wäre gut gegangen, wenn die politischen Vertretungen der Sowjetunion in Berlin und Wien seinem Ruf durch die Enthüllung seiner Tätigkeit nicht geschadet hätten. Dieser Umstand brachte Druschelowski auf den Einfall, alles auf die Karte zu setzen und als „eigener Korrespondent" hochangesehener Zeitungsverleger nach der Sowjetunion zu gehen. Aber just an diesem Punkt versagte die Rechnung.

Wir erfahren jetzt recht interessante Dinge. Wir erfahren z. B. das Geheimnis des Entstehens der Zankoff-Dokumente, die seinerzeit viel Staub aufgewirbelt und „einwandfrei bewiesen" haben, daß die Explosion in der Kathedrale von Sofia von der Komintern organisiert worden war. Wir erfahren, daß der bulgarische Gesandte Popoff oder Angelow (den letzten Namen legte er sich bei den konspirativen Verhandlungen mit Druschelowski bei) Anfang März 1925 diesen von den zu erwartenden April-Unruhen in Bulgarien unterrichtete und ihn aufforderte, ein entsprechendes „Dokument" der Komintern herzustellen. Druschelowski führte diesen Auftrag aus. Er fabrizierte das von dem Besteller gewünschte Dokument, das später von der Regierung Zankoff als Beweisstück in der ausländischen Presse in genauer photographischer Reproduktion veröffentlicht wurde. (Das einzige, was an diesem Dokument echt war, war die echte photographische Reproduktion — des gefälschten Schriftstücks, das, wie jetzt festgestellt werden konnte, die unverkennbaren Schriftzüge Druschelowskis aufweist.

Unter den zahlreichen sonstigen „materiellen Beweisstücken" für die Schuld der Kommunistischen Internationale fabrizierte Druschelowski Anfang 1926 für die bulgarische Gesandtschaft in Berlin ein Schriftstück, das beweisen sollte, daß das Außenkommissariat die diplomatische Post für den Verbindungsdienst der Komintern mit ihren ausländischen Sektionen benützt. Im Auftrage der bulgarischen Gesandten verfaßte Druschelowski auf einem gefälschten Formular des Außenkommissariats einen an die bulgarische Kommunistische Partei adressierten Brief, in dem diese aufgefordert wird, an Zankow und Kanassow 215 Dollar („für die Valise") auszuzahlen. In der Folge wurde Zankow im Zusammenhang mit der Explosion in Sofia erschossen. Für seine provokatorische Arbeit erhielt Druschelowski — wie sich jetzt herausstellt — Bagatellen: 50—100 Mark. Die hohen Besteller waren also keineswegs freigebige Leute, soweit es um die Bezahlung dieses Lockspitzels und nicht die Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse ging. Aber Druschelowski wußte trotzdem ein gutes Geschäft zu machen: er verkaufte nämlich ein und dasselbe Dokument gleichzeitig an verschiedene ausländische Gesandtschaften — an Amerikaner, Polen, Engländer usw.

Als Druschelowski auf Veranlassung der Sowjetregierung in Berlin verhaftet wurde, bekam es die bulgarische Regierung mit der Angst zu tun, denn sie hatte allen Grund, peinliche Enthüllungen zu fürchten; der bulgarische Gesandte sprach telephonisch mit dem Polizeikommissar Heller und bat ihn um Freilassung dieses Dokumentenfälschers. Offenbar wurden dabei Erwägungen von höchster internationaler Wichtigkeit geltend gemacht. Und wenn Druschelowski früher von seinen Auftraggebern 50 bis 100 Mark pro Stück" erhielt, so verlor jetzt die bulgarische Gesandtschaft auf einmal jeden Sparsinn und zahlte Druschelowski während seiner Verhaftung insgesamt 950 Mark aus; es verdient erwähnt zu werden, daß ihm das Geld persönlich vom Kassierer der Gesandtschaft direkt ins Gefängnis zugestellt wurde.

Derartige Dinge erfahren wir also jetzt über die Abenteuer Druschelowskis und seiner hohen Gönner. Es ist eine peinliche Geschichte für alle jene, die an allen Straßenecken die „Tücken" der Komintern auszuposaunen pflegen. Diese Geschichte ist auch insofern interessant, als sie ein grelles Licht auf das Leben und die Arbeit dieser Helden der modernen demokratischen Diplomatie von durchlauchtigsten Staatsmännern bis zu ihren technischen Helfershelfern wirft.

M. T.

Neues aus Rußland

Das „Steuersystem Sowjetrußlands, von Prof. Dr. Paul Haensel, Moskau. Die im Verlag von Dr. Hans Preiß (Berlin NW. 7) soeben erscheinende deutsche Ausgabe ist eine autorisierte Uebersetzung der bis Ende März 1926 fortgeführten zweiten russischen Auflage. Nicht nur die einzelnen Steuern, ihre Aufbringung und ihr Ertrag, sondern das ganze Finanz- und Wirtschaftssystem Sowjetrußlands werden von einem hervorragenden Sachkenner in historischer und aktueller Betrachtung zusammenhängend, aber auch nicht ohne Kritik, gewürdigt.

Die **moderne Literatur in der Sowjetunion.** Jüngst hat sich der Volkskommissar für Bildungswesen, A. Lunatscharski, über die moderne russische Literatur geäußert und dabei ausgeführt, daß in der Zeitschrift der Kampf zwischen den sogenannten „Linken" (Lew) und dem neuen „Nachrevolutionären Realismus" eingestellt sei. Die Literatur orientiere sich immer mehr auf den sozialen Realismus und gebe die Bevorzugung der Form vor dem Inhalt auf. Lunatscharski hält namentlich die Dichtungen der Schriftsteller Besymenskij, Utkin, Scharow, Doronin für gute Leistungen. In der „Belletristik" stellt er den Roman „Zement" von Gladkow an die erste Stelle, weiter von Fedin „Stadt und Jahre". Große Aufmerksamkeit verdiene ferner Pilnjak und Babel. Nicht zu vergessen sei Maxim Gorkis letztes Werk „Der Fall Artamanow", der von der Blüte der russischen Literatur das beste Zeugnis abgebe.

In der dramatischen Literatur sei besonders zu erwähnen „Sturm" von B. Bjelozerkowskij und noch eine Reihe anderer revolutionär-historischer Dramen wie „Gapon", „Alew".

Eine allgemeine Organisationslehre (Tektologie) von A. Bogdanow, Professor an der Universität Moskau, ist jüngst im Verlag Organisation (S. Hirzel, Berlin) erschienen. Die autorisierte Uebersetzung ist von S. Alexander und Rudolf Lang. Der Grundgedanke des Buches fußt auf der Notwendigkeit, die vereinzelten organisatorischen Erfahrungen in eine allgemeine Organisationslehre zu vereinigen.

Zum Andenken Jessenins. Der Staatsverlag gibt in Kürze eine dem Andenken des kürzlich verstorbenen Dichters Jessenin gewidmete Denkschrift heraus, an der die nächsten Freunde des Verstorbenen in erster Linie mitgearbeitet haben. In Kürze erscheint im Verlag des Allrussischen Verbandes der Schriftsteller eine „Gedenkschrift für Jessenin".

SLUB
Wir führen Wissen.